

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteilung des Wilsdruffers am Montag den 2. März für den folgenden Tag. Der Wilsdruff wird durch die Post besorgt. Die Wilsdruffers sind durch die Post besorgt. Die Wilsdruffers sind durch die Post besorgt.



Inserationspreis. Für die 6 gezeichneten Hauptzeilen oder deren Raum, 12 Wochen, die 2 halben Hauptzeilen. Für die 6 gezeichneten Hauptzeilen oder deren Raum, 12 Wochen, die 2 halben Hauptzeilen.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Druck: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 23

Freitag den 27. Januar 1922.

81. Jahrgang

## Ämtlicher Teil.

**Maul- und Klauenseuche.** Nachdem in Kaufbach, Reßelsdorf und Röhrsdorf die Maul- und Klauenseuche erloschen ist, wird die über Kaufbach, Reßelsdorf und Röhrsdorf verhängte Sperre und die über die umliegenden Gemeinden usw. verhängte Beobachtung und Schutzzone hiermit aufgehoben.

Meissen, am 24. Januar 1922.

1225

Die Amtshauptmannschaft.

Sonnabend den 28. Januar 1922, vormittags 11 Uhr, soll im Versteigerungsraum des hiesigen Amtsgerichts ein Fackeltanz gegen sofortige Bezahlung versteigert werden. Wilsdruff, am 26. Januar 1922.

Q 219/21.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

**Wir bitten höflichst, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr anzugeben.**

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Nach italienischen Meldungen kann der 8. März für den Beginn der Konferenz von Genua nicht eingehalten werden.
- \* Der Reichskanzler schlug bei den Steuerverhandlungen vor, eine auf 5 Jahre unverzinsliche Zwangsanleihe von 40 Milliarden Papiermark anzulegen.
- \* Die Gerüchte von der Abdankung König Konstantin von Griechenland werden durch die griechischen Gesandtschaften als unrichtig bezeichnet.
- \* Die russische Eisenbahnverwaltung übernimmt auf Anordnung der Sowjetregierung vom 1. Februar ab wieder die volle Haftung für die aufgelisteten Eisenbahngüter.
- \* Die Amerikaner werden auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz eine Entschleunigung auf Herabsetzung der großen Landheere einbringen.
- \* Der Dollar notierte an der Berliner Mittwochbörse 202,70 Mark.

### 40 Milliarden Zwangsanleihe.

Ein Vorschlag des Reichskanzlers. Die Verhandlungen der Parteien über eine Einigung in der Steuerfrage haben in letzter Stunde statt zu einem Erfolg, vielmehr zu einer Verschärfung der Gegensätze geführt. Die Sozialdemokraten hielten mit großem Nachdruck an der Forderung fest, daß unter allen Umständen ein „sichtbares Opfer“ des Volkes gebracht werden müsse. Ihr Vertreter in den interfraktionellen Verhandlungen erklärte, daß darin das letzte Wort seiner Partei zu erblicken sei, und der Vortritt stellt fest, so gern man eine Regierungskrise vermeiden möchte, so könne doch dieser Wunsch nicht dazu führen, die als notwendig erkannten Forderungen abzuschwächen. Die demokratische Presse sprach daher von dem „harren Schlimm“ der Sozialdemokratie und die vier bürgerlichen Parteien, die, mit Ausnahme der Deutschnationalen, an den Kompromißverhandlungen beteiligt waren, traten daher zu einer Besprechung unter sich zusammen, da sie die sozialdemokratischen Bedingungen (zwei Drittel des Reichsnotopfers, höhere Vermögenssteuern und sofort realisierbare Zwangsanleihe von einer Milliarde Goldmark) als übermäßig hoch empfanden. In dieser Sitzung der Bürgerlichen hat nun der Reichskanzler einen Vermittlungsvorschlag gemacht. Danach soll eine einmalige Zwangsanleihe im begrenzten Betrage von 40 Milliarden Papiermark zur Deckung des Etats von 1922 erhoben und auf die Einziehung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers verzichtet werden. Die Zwangsanleihe soll in engste Verbindung mit den Steuerentwürfen gebracht werden, aber wegen der technischen Schwierigkeiten erst später zur Durchführung gelangen.

Diese Zwangsanleihe soll für die ersten fünf Jahre unverzinslich sein. Der gesamte Ertrag des Steuerbuletts, wie es die Regierung seinerzeit eingebracht hatte, wird bekanntlich auf etwa 43 Milliarden Papiermark geschätzt, wovon rund 20 Milliarden auf die Besitz- und Vermögenssteuern entfallen. Die Zwangsanleihe würde also ungefähr das Doppelte der Vermögenssteuern nach der Regierungsvorlage betragen. Der Reichskanzler wollte sich bei den Sozialdemokraten für diesen Plan einsetzen, aber der Erfolg war zunächst noch ebenso ungewiß wie die Zustimmung der bürgerlichen Parteien, die erst jede für sich über diese Vermittlungsoption beraten wollten. Man glaubte am Mittwoch nachmittag, nachdem die nächste Zusammenkunft der Fraktionsvertreter auf den Abend anberaumt war, daß die Frage der weiteren Amtstätigkeit des Reichskanzlers von dem Erfolg dieses Einigungsversuches abhängt, da man weitere Möglichkeiten eines Kompromisses zur Stunde auf keiner Seite erkennen konnte.

### Reinigungsverschiedenheiten über Genua.

Amerikanische Bedenken gegen Rußland. Der Niekonsum des Programms von Genua, das außer der Frage der deutschen Zahlungen vor allem den gesamten europäischen Wiederaufbau mit besonderer Berücksichtigung Rußlands umfassen soll, hat naturgemäß vielerlei Ursache zu Meinungsverschiedenheiten über die Absichten und die Möglichkeiten dieser Konferenz gegeben. Besonders in Amerika legt man große Zurückhaltung an den Tag. Es verläutet, Staatssekretär Hughes und Hoover seien

gegen die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz in Genua oder an irgend einer anderen Wirtschaftskonferenz, bevor nicht Frankreich dem ursprünglichen Niekonsumvereinbarung zustimmt und eine we-

niger kriegerische Haltung einnimmt, bevor nicht Rußland sein Heer abrüstet, und bevor nicht Europa allgemein seine durch die militärischen Ausgaben aus dem Gleichgewicht gebrachten Budgets in Ordnung bringt. Diese amerikanischen Meinungsäußerungen verfehlen nicht, ihr Echo in Frankreich hervorzuheben. Die französische Regierung hat es mit der Konferenz von Genua, wenn auch aus ganz anderen Gründen, ebenfalls durchaus nicht eilig. Man betont in Paris, bis jetzt habe die Sowjetregierung die offizielle Einladung zur Konferenz noch nicht beantwortet. Die französische Regierung wird höchstwahrscheinlich sich im voraus mit den übrigen alliierten Mächten über den Sinn der Konferenz und die Garantien verständigen und werde dementsprechend ihre Durchführung auf gemeinsamer Grundlage verlangen. Auf den

englisch-französischen Schulvertrag legt man in Paris ganz besonderen Wert. Die ursprünglich auf zehn Jahre festgesetzte Dauer des Abkommens ist nach Ansicht der französischen Regierung unzureichend; sie schlägt die Ausdehnung auf 15 oder 20 Jahre vor. Das Abkommen müsse den Charakter der Gegenseitigkeit tragen. Demgegenüber gibt es aber in London eine lebhaftere Opposition gegen eine Ausdehnung des französisch-englischen Garantievertrages über 10 Jahre hinaus. Die Engländer seien zwar einig darüber, daß das ganze englische Volk wieder zu den Waffen greifen müsse, falls die französische Grenze bedroht sei, sie seien aber geteilter Meinung, wenn etwa Schwierigkeiten an der Ostgrenze der Besetzungszonen entstehen sollten. Außerdem wolle man aber in England den territorialen Stand in Europa, wie er im Versailler Vertrag festgesetzt sei, nicht ver-  
bürgen. Es gebe Engländer, die die

Gefahr von französischer Seite kommen sehen; das sei eine der Folgen der Besetzung von Frankfurt und Darmstadt im April 1920. Die Einsicht, daß mit der Methode rücksichtsloser Strenge gegen Deutschland allein nichts erreicht werden kann, hat sich sogar in Belgien durchgesetzt. In der belgischen Kammer erklärte der Ministerpräsident, in Cannes hätten die Sachverständigen einstimmig anerkannt, daß man Deutschland für das Jahr 1922 Erleichterungen gewähren müsse, aber gegen neue Sicherheiten. Es sei in der Tat erforderlich, daß Deutschland einen gewissen Wohlstand wieder gewinnen, damit es in der Lage sei, seine Reparationen zu zahlen. — In Paris sitzen nunmehr die Herren ganz allein, die die Notwendigkeit eines deutschen Wiederaufstiegs immer noch in Abrede stellen wollen.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Reugliederung des Reiches. Die Zentralfelle für die Gliederung des Reiches hat außer zur Frage „Groß-Hamburg“ zu den Fragen „Hohenzollern“ und „Waldeck-Pyrmont“ Stellung genommen. In bezug auf Hohenzollern soll zunächst die Entwicklung der Frage „Groß-Schwaben“ abgewartet werden. Die Zentralfelle stimmt der Reugliederung Pyrmonts an Preußen zu, sie hält aber auch das Weiterbestehen des Landes Waldeck nicht als im Sinne der Reichsverfassung liegend und empfiehlt dem Reichsminister des Innern, unter Anhörung der Waldecker Bevölkerung Verhandlungen wegen einer Vereinigung Walbeds mit Preußen herbeizuführen. Eine Änderung der preussisch-hamburgischen Grenzen zur Schaffung eines „Groß-Hamburg“ gegen den Willen der beiden Länder und der Bevölkerung der beteiligten Provinzen hält die Zentralfelle für unerwünscht und kaum durchführbar. Sie empfiehlt deshalb im allseitigen Interesse alsbaldige Verhandlungen zwischen den Beteiligten.

### DA Teilung Oberschlesiens Mitte März?

Aus Warschau wird gemeldet, die Interalliierte Kommission beabsichtige, den Polen zugesprochenen Teil Oberschlesiens Mitte März an Polen zu übergeben. Die Delegierten beider Staaten sollen am 6. Februar in Genf zusammenzutreten, um die vereinbarten Beschlüsse endgültig zu formulieren. Der Aufenthalt der beiden Delegationen in Genf ist auf höchstens drei Wochen berechnet. In den letzten Tagen des Februar oder Anfang März erfolge dann die Ratifizierung der getroffenen Abmachungen im polnischen Landtag und im deutschen Reichstag.

### Badische Erklärung für die Reichseinheit.

Staatspräsident Dr. Hummel hielt im badischen Landtag eine bedeutsame Ansprache. U. a. sagte er: Der Gedanke an die Reichseinheit ist auch der Leitgedanke der badischen Regierung. Die Münchener Zusammenkunft führender Männer einzelner Länder bedeutet ein deutsches Verlöbniß für die Reichseinheit. Dort ist bei allen Staatsmännern deutlich die Ansicht zutage getreten, daß der Wiederaufbau der Länder und des Reiches nur auf dem Boden der gegenwärtigen Staatsform und der gegenwärtig geltenden Verfassung ermöglicht werden kann. Die Zusammenkunft hat ferner bewiesen, daß die bayerische, württembergische und badische Regierung von dem Geiste gleicher Loyalität gegenüber dem Reiche erfüllt sind.

### Die finanzielle Unabhängigkeit der Städte.

Der Vorstand des Deutschen Städtebundes hat zur Vertretung der Wiederherstellung der finanziellen Unabhängigkeit der Städte sowohl dem Reichsfinanzminister wie dem Reichsrat und Reichstag gegenüber einen Ausschuss gebildet, der aus den Oberbürgermeistern Koch-Heilbrunn, Wenaauer-Köln, Müller-Dresden, Giesing-Darmstadt, Luther-Essen und Müllers, früher in Bromberg, besteht. In Übereinstimmung mit dem vom Wohnungsausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates gefaßten Beschluß hält der Vorstand des Deutschen Städtebundes die Erhöhung der Reichssteuerabgabe auf 100 Prozent der Friedensmiete für unvermeidbar.

### Un gerechtfertigte Forderungen der Rheinlandkommission.

Die Rheinlandkommission hat das Verlangen gestellt, ihr über die Borräume an Vieh und Nahrungsmitteln im besetzten Gebiet statistische Unterlagen zu geben. Der Reichskommissar wurde ersucht, gemeindeförmige Erhebungen über die Bestände zur Zeit des höchsten und des tiefsten Standes des Jahres 1921 zu veranlassen, wobei die Zahl oder Menge der Ochsen, Kühe und Schafe, des Getreides, der Kartoffeln, Heu, Stroh und Hafer festzulegen sind.

### Die deutsch-türkischen Beziehungen.

Aus den Darlegungen eines Vertreters des Auswärtigen Amtes ging hervor, daß die Grundlage des augenblicklichen Verhältnisses des Deutschen Reiches zur Türkei immer noch der 1918 abgeschlossene Waffenstillstandsvertrag ist, der bestimmt, daß die türkischen Beziehungen zu den Mittelmächten abzubrechen seien. Dementsprechend bestehen heute keinerlei offizielle Beziehungen. Die deutschen Interessen in der Türkei werden wahrgenommen von der schwedischen Gesandtschaft in Konstantinopel, der ein deutscher Geschäftsrat zugeeignet worden ist. Umgekehrt werden die türkischen Interessen in Deutschland von der schweizerischen Gesandtschaft wahrgenommen.

### Nordamerika.

K Schabenerfall für die „Lustania“. In Washington fand eine Besprechung des Präsidenten Harding mit dem Staatssekretär Hughes und den Führern der beiden Senatsfraktionen über die Geltendmachung der amerikanischen Schabenerfallforderungen an Deutschland einschließlich der „Lustania“-Schäden statt. Man entschloß sich, mit Deutschland über einen besonderen Schiedsgerichtsvertrag zu verhandeln, durch den ein Spruchhof zu schaffen wäre.

### Lettland.

X Entlassung deutscher Beamter. Die Rigaer Stadtverwaltung hatte auf Grund der Verordnung, die von allen Beamten die Kenntnis der lettischen Sprache verlangt, vor mehreren Tagen zahlreiche deutsche Angestellte entlassen, ohne dabei die sachlichen Interessen der Kommunalverwaltung zu berücksichtigen. Viele Hunderte deutsche Beamte sind hierdurch hinstlos geworden. Aus diesem Anlaß veranstaltete der Ausschuss der deutschen Parteien Lettlands am Sonntag mehrere Protestveranstaltungen, die von Tausenden besucht waren. Einmütig wurde eine Resolution gefaßt, in der die deutschen Stadtverordneten und Stadträte ihrem Protest in der Weise Ausdruck gaben, daß sie von ihrem Posten zurücktraten.

### Aus In- und Ausland.

München. Wie der Bayerische Kurier meldet, hat die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei erdgültig den Abgeordneten Dr. Jahnbrecher aus der Fraktion ausgeschlossen.

Belgrad. Der Abschluß des Militärvertrages zwischen Serbien und Rumänien wird als Abschluß für den Aufbau der sog. Kleinen Entente angesehen.

Wien. Die Ankündigung des deutschen Verbandes haben